Die Gefahr muß demnach immer in Eigenschaften der Sache selbst begründet und somit immanenter Bestandteil der Sache sein, unabhängig davon, ob die Sache mit Erlaubnis oder gegen den Willen des Eigentümers benutzt wurde und wer die Sache bei einer Rückgabe erhalten würde. Die Gefahr darf trotz ordnungsgemäßer Verwendung der Sache nicht beseitigt werden können.

2. wenn durch die tatsächliche oder beabsichtigte Art und Weise der künftigen Zweckbestimmung der Verwendung der Sache eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit ausgehen wird.

Hier entsteht die Gefahr nicht durch die Beschaffenheit der Sache. Die Rückgabe der Sache verbietet sich, weil die Persönlichkeit des Eigentümers, Besitzers oder Mutzers oder sein bisheriges Verhalten keine Gewähr dafür bieten, daß die Sache künftig in solch einer Art und Weise verwendet wird, die zu keiner Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit führt. Durch die Rückgabe der Sache an die konkrete Person würde eine erneute Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit initiiert.

Diese Festlegungen des § 13 Abs. 4 2, Halbsatz erfordern in der Verfügung die Einziehung einer Sache entsprechend § 13 Abs. 1 Buchstabe a) inhaltlich zu begründen.

Liegen die Voraussetzungen zur Einziehung einer Sache nach § 13 Abs. 4 2o Halbsatz vor, bedarf es nicht der Prüfung anderer gesetzlicher Bestimmungen. Die Einziehung kann durch die Untersuchungsorgane des MfS nach dem VP-Gesetz erfolgen. (Die Einziehung von Waffen durch die Untersuchungsorgane hat nicht auf der Grundlage von § 13 Abs. 4 VP-Gesetz, sondern gemäß § 209 StGB zu erfolgen ^). ¹

¹ vgl. Kollegium für Strafrecht/Standpunkt zur Durchführung eines selbständigen Einziehungsverfahrens vom 30. November 1987 in: Informationen des Obersten Gerichts der DDR Nr. 1/88 S. 31 ff.